

## **Beschluss des Landrats vom 10.09.2020**

Nr. 523

### **68. Konkrete Hilfe für die Gastro-, Hotel- und Eventbranche: Angebote im Freien auch in der kalten Jahreszeit ermöglichen**

2020/445; Protokoll: pw

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat zum Prüfen und Berichten entgegenzunehmen. Dies jedoch mit der Einschränkung, dass die Frist vom 17.09.2020 nicht eingehalten werden kann. Das Postulat soll jedoch prioritär behandelt werden und spätestens in der ersten Sitzung nach den Herbstferien kann über den Inhalt berichtet werden.

Für den Postulanten **Balz Stückelberger** (FDP) ist das Anliegen selbsterklärend. An den Regierungsrat: Es soll nicht nur geprüft und berichtet, sondern auch gehandelt werden. Die generelle Bewilligung für Heizpilze soll erteilt werden. Die sehr kurze Frist von einer Woche ist aufgrund der aktuellen Wetterprognose nicht mehr unbedingt nötig, aber sobald die Spätsommertage vorbei sind, leeren sich die Aussenterrassen und dann braucht es eine Lösung. Der Redner wäre mit einer Antwort innert vernünftiger Frist, z. B. bis Ende September einverstanden.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) erklärt, der Regierungsrat sehe die Motivation hinter dem Postulat. Es soll aber gründlich geprüft werden, was man wann machen kann. So einfach ist es nicht. Es wäre sicherlich nicht richtig, etwas über das Knie zu brechen. Denn: Angeschaffte Heizpilze hat man dann für die nächsten 15 Jahre.

In der ersten Sitzung nach der Herbstferien soll dem Landrat berichtet werden, was möglich ist und was nicht. Das lässt sich auch materiell rechtfertigen: Im September sind Heizpilze draussen noch nicht nötig. Im Vergleich zu früher sitzen heute ohnehin viel mehr Menschen bereits ab März bis Oktober draussen.

**Balz Stückelberger** (FDP) dankt für die Auskünfte. Gründliche Abklärungen sind ok, aber es handelt sich an und für sich um kein sehr komplexes Anliegen und es braucht keine Doktorarbeit für Heizpilze. Das Anliegen ist klar: Etwas Verbotenes soll aufgrund des besonderen Sachverhalts zeitlich begrenzt erlaubt werden. In einer Woche sollte ein solch einfacher Sachverhalt geklärt werden. Die erste Landratssitzung nach den Herbstferien findet erst am 22. Oktober 2020 statt. Balz Stückelberger warnt davor, die Sache zu verschleppen. Die Event- und Gastronomiebranche macht sich Sorgen, was nach den schönen Spätsommertagen passiert. Entsprechend soll das Anliegen des Postulats so schnell als möglich umgesetzt werden.

**Stephan Ackermann** (Grüne) unterstützt die Dringlichkeit und befürwortet das Postulat. Das Postulat darf aber kein Freipass für Heizpilze sein. Es ist wichtig und richtig, dass der Regierungsrat die unterschiedlichen Möglichkeiten genau prüft. Denn es ist bekannt, um was für Energieschleudern es sich bei den Heizpilzen handelt. Es soll nichts übers Knie gebrochen, sondern auch nach ökologischen Alternativen geschaut werden, die vielleicht auch künftig genutzt werden können. Die Klimaziele sollten nicht plötzlich egal sein.

**Hanspeter Weibel** (SVP) meint, es ehre Regierungsrat Reber, dass dieser sich über allfällige Investitionen von KMU Gedanken mache. Die KMU können aber selber beurteilen, was sie leisten können und was nicht.

Man befindet sich in einer speziellen Situation, auch das Gastgewerbe. Es wurde bereits sehr viel Geld für Unterstützungsmassnahmen aufgewendet. In einem der vorherigen Traktanden ging es

um das Bewilligungs- und Anmeldeverfahren von Lotterien. Hier ist nun zu hoffen, dass die Heizpilze nun nicht auch für die Gastronomen zur Lotterie werden. Der Einsatz von Heizpilzen sollte unter ganz klaren Bedingungen möglich sein. Es sollen nun keine Studien erstellt werden, die erst nächsten Sommer Resultate bringen. Es braucht eine rasche Soforthilfe: eine Ausnahmebewilligung für Heizpilze für eine begrenzte Zeitdauer. Hoffentlich geht es mit dieser Bewilligung genauso schnell, wie Steuergelder ausgegeben werden.

**Ursula Wyss Thanei** (SP) betont, die SP-Fraktion sei nicht dagegen, Personen in Not zu unterstützen. Auch das Problem der Restaurants wird gesehen. Die SP-Fraktion warnt jedoch vor den Pilzen, die den Klimazielen absolut entgegenstehen. Es soll nach Alternativlösungen gesucht werden, die auch nachhaltig in zwei drei Jahren noch verwendet werden können. Zusätzlich – sollten wirklich Pilze gewünscht sein – könnten diese auch mit erneuerbaren Energien oder Biogas betrieben werden. Abschliessend eine kritische Anmerkung: So ein Pilz ist nicht billig, also braucht es Investitionen. Wahrscheinlich können es sich dann aber genau diejenigen, welche finanziell auf eine Bewirtschaftung der Aussenterrasse angewiesen sind, solche Investitionen nicht leisten, und schon gar nicht für ein halbes Jahr.

**Rahel Bänziger** (Grüne) versteht die Not der Gastrobetriebe und hält es für wichtig, dass diese nachhaltige Hilfe erhalten und nicht nur für einen Winter. Es gibt Alternativen zu den Heizpilzen wie Schaffelle, Woldecken, Holz- und Kohleschalen, Fackeln etc., die im Gegensatz zu den Heizpilzen noch einen anderen Vorteil haben: Sie sind unheimlich romantisch und können auch im nächsten Jahr noch benutzt werden. Es handelt sich um nachhaltige Investitionen. Das Energiegesetz wurde hart erkämpft. Eine Ausnahmeregelung nur wegen der Heizpilze wäre ein grosser Rückschritt. Die Dauer der Regelung – vom 1. September 2020 bis zum 30. April 2021 – ist zudem zu lang. Dies würde bedeuten, dass die Gastrobetriebe während des ganzen Winters Gäste draussen bewirten können. Die Rednerin ist gegen eine Überweisung des Postulats.

**Andreas Dürr** (FDP) ist der Meinung, es gehe hier weder um eine Klimadiskussion noch um die Frage, ob Schaffelle oder Lagerfeuer romantischer seien, sondern darum, der Gastro- und Eventbranche mit einer einfachen und praktischen Massnahme zu helfen. Schliesslich hat auch die linke Ratsseite immer wieder Geld für diese Branchen gesprochen oder gefordert. Die Bewilligung der Heizstrahler ist keine Wissenschaft, deshalb braucht es auch keinen Monat Zeit. Die Frist bis zur nächsten Landratssitzung vom 24. September 2020 sollte ausreichen. Es handelt sich um eine Notmassnahme aufgrund von Corona, die zeitlich befristet ist. Der Redner staunt, wie sich linksgrün immer wieder als KMU-Retter profiliert, wenn es darum geht, fremdes Geld zu verteilen, nun aber Widerstand gegen diese praktische Lösung leistet.

**Markus Dudler** (CVP) ist nicht gegen die Überweisung, man sollte die Thematik aber gesamtheitlich betrachten. Zum Beispiel sollte in Betracht gezogen werden, ob zur Steigerung der Effektivität der Heizpilze die Gastronomiebetriebe auf ihren Aussenflächen auf der Allmend temporäre Zelte aufstellen dürfen, sodass die Wärme der Pilze nicht gleich wieder verfliegt. Eine reine Heizpilzlösung anzustreben, ist etwas zu engstirnig.

**Thomas Noack** (SP) stellt fest, der Vorstoss komme zwar als Postulat daher, enthalte aber das klare Anliegen, dass die Heizpilze bewilligt werden müssen und dies möglichst schnell. Hier sollte aber gut überlegt werden, ob dies der richtige Weg ist: Angeschaffte Heizpilze werden dann nächsten Sommer nicht einfach wieder eingestampft oder für immer in den Keller gestellt. Der Redner ist gegen die Überweisung des Postulats. Den Beizen sollte empfohlen werden, andere Massnahmen sehr sorgfältig zu prüfen.

**Marco Agostini** (Grüne) bestätigt die Richtigkeit von Andreas Dürrs Aussage, dass die Linken und Grünen sich um die KMU sorgen und auch Geld für diese ausgeben. Bei der Dreidrittels-Geschäftsmietenlösung kam von der anderen Seite des Saals das Argument der Gleichbehandlung. Dies könnte doch hier auch eingebracht werden: Diejenigen Betrieben, die bereits Heizstrahler haben, reiben sich die Hände und die anderen müssen sich für diese paar Monate einen kaufen gehen. Und was passiert nachher mit den Heizstrahlern? Werden sie weggeworfen? Oder im privaten Bereich weiter benutzt? Die graue Energie wurde in diesem Vorstoss überhaupt nicht mitberücksichtigt.

**Andrea Heger** (EVP) möchte Regierungsrat Isaac Reber den Rücken stärken. Sein Vorschlag, wie er gedenkt mit dem Postulat umzugehen, ist gut durchdacht. Und genau das erwartet man ja auch von einem Regierungsrat. Andrea Heger ist komplett dagegen, das Anliegen des Postulats einfach umzusetzen und die Heizstrahler generell zu bewilligen. Hanspeter Weibel war ihr diesbezüglich schon viel sympathischer, denn er hat auf die klaren Regeln hingewiesen, die es braucht. Der Blick sollte auf jeden Fall für Alternativen offen gehalten werden.

**Jacqueline Wunderer** (SVP) erklärt, weshalb der Vorstoss als dringliches Postulat überwiesen werden soll: Alle, die nicht in der Gastronomieszene zuhause sind, können sich nicht vorstellen, wie schwierig die derzeitige Situation für gewisse Betriebe ist. Nun soll nach Alternativen gesucht werden, die aus eigenen Kräften gestemmt werden können, ohne den Staat zu belasten. Heizpilze gibt es bereits heute und können auch gemietet werden. Selbstverständlich können auch Feuerschalen etc. verwendet werden, wobei bezüglich der Rauchemissionen auf die Nachbarschaft Rücksicht genommen werden muss. Die Rednerin bittet den Landrat sich in die Lage eines Gastronomen zu versetzen, der einen Familienbetrieb führt und seine Angestellten auch weiterhin beschäftigen möchte und vom Regierungsrat dringend ein Ja oder Nein benötigt.

**Andi Trüssel** (SVP) sagt, eine 100 %-Lösung, die aber viel zu spät kommt, nütze niemanden etwas. Es braucht eine sehr zeitnahe Lösung, auch wenn sie nur eine 80 %-Lösung ist. Es ist erstaunlich, wenn Verwaltungsangestellte, die noch nie eine Arbeit suchen mussten und ihren Job und ihren Zahltag einfach erhalten, der Privatwirtschaft vorschreiben, was sie machen sollen. Die Unternehmer sollten selber entscheiden können, ob sie Heizstrahler anschaffen oder nicht. Es handelt sich zudem um einen beschränkten Zeitraum.

**Christof Hiltmann** (FDP) staunt auch. Der Standortkanton des heutigen Sitzungsorts ist hierbei etwas weiter, Pellet-Heizstrahler im öffentlichen Raum sind absolut kein Problem. Auch das Baselbieter Energiegesetz enthält eigentlich einen Passus, der dies ermöglicht. Leider ist die Wortwahl etwas unglücklich. Es steht «gleichwertige erneuerbare» Energie, wobei nicht klar ist, mit was die Energie gleichwertig sein soll. Der Redner bittet den Regierungsrat, diesbezüglich Klarheit zu schaffen.

Im Grundsatz geht es hier um die Hilfe zur Selbsthilfe und es ist erstaunlich, dass der Regierungsrat nicht bereits gehandelt hat. Die Almendbewilligungen wurden zumindest auf Gemeindeebene sehr unbürokratisch vergeben, damit den Restaurationsbetrieben etwas mehr Aussenfläche zur Verfügung steht. Wo liegt hier nun genau das Problem? Wenn die vermaledeiten Gasheizungen das Problem sind, dann soll dies so gesagt werden. Dann kann das Problem nämlich angegangen und beispielsweise beliebt gemacht werden, eine Holzpellet-Lösung zu verwenden. Das Thema muss nicht verakademisiert werden.

://: Mit 65:22 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

---

